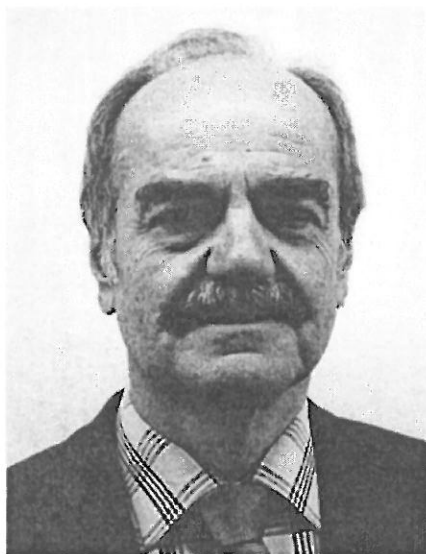


Ganztagsschule oder Ganztagsmurks

Es war bisher ein langer und oftmals holpriger Weg zur Ganztagsschule in Bayern. Noch ist das Ziel nicht erreicht. Doch am Horizont erscheinen Umrisse verschiedener Lösungsansätze. Den Startschuss für die letzte Etappe gab Ministerpräsident Horst Seehofer in seiner Regierungserklärung kurz nach den letzten Landtagswahlen am 12. November 2013. Dabei gab er in der Schulpolitik drei Garantien ab:

1. Es wird in den nächsten Jahren keine neuen Schulreformen geben.
2. Jede rechtlich selbstständige Grundschule bleibt bestehen, wo Eltern und Gemeinden dies wünschen und



Gerhard Dix

**Gerhard Dix,
Bayerischer Gemeindetag**

3. die Ganztagsgarantie: „Bis 2018 gibt es in allen Schularten für jede Schülerin und jeden Schüler bis 14 Jahre ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot“.

Nachdem dann über Monate zu dieser Ganztagsgarantie nichts mehr zu hören war, haben die Kommunalen Spitzenverbände in einem gemeinsamen Schreiben vom 7. Mai 2014 den Ministerpräsidenten dazu aufgerufen, einen „Ganztagsgipfel“ einzuberufen, in dem das weitere Vorgehen des Freistaats in Zusammenarbeit mit den kommunalen Schulaufwandsträgern abzusprechen sei. In seinem Antwortschreiben vom 28. Mai 2014 unterstrich Horst Seehofer die Bedeutung dieser Ganztagsgarantie und dankte den Kommunalen Spitzenverbänden für die signalisierte Unterstützung.

Zur Vorbereitung dieses Ganztagsgipfels fand am 6. Juni 2014 bereits ein erstes Treffen unter Leitung von Frau Staatsministerin Christine Haderthauer statt.

Doch auch im Bayerischen Landtag nimmt das Thema an Fahrt auf. So hat

die CSU-Fraktion eine eigene Arbeitsgruppe gebildet, die am 4. Juni 2014 gegenüber der Presse ihre Vorstellungen bekannt gab. Um was geht es eigentlich im Kern und wo liegt der größte Handlungsbedarf?

Noch vor 15 Jahren hat man in der Staatsregierung, im Kultusministerium und auch in weiten Teilen des Landtags eher Unverständnis ausgelöst, wenn man

auf den steigenden Bedarf seitens der Eltern und deren Kinder nach einer ganztägigen Bildung und Betreuung in der Schule angesprochen hatte. Zunächst in den großen Städten, dann in den Ballungsräumen und schließlich auch in den ländlichen Räumen wurde der Ruf nach Ganztagschulen immer lauter. Schließlich wagte man sich – wenn auch zu Beginn eher zögerlich – an den Aufbau bedarfsgerechter Ganztagsangebote. Zunächst standen die Hauptschulen – die heutigen Mittelschulen – im Fokus. Gebundene Ganztagschulen mit rhythmisiertem Unterricht wurden bedarfsgerecht und zunehmend flächendeckend eingeführt. Daneben gab es noch nachmittägliche Angebote, die irgendwie vom Schulaufwandsträger zu organisieren und zu finanzieren waren. Grundschulen standen zunächst gar nicht auf der Tagesordnung, obwohl auch in dieser Schulart vor 10 Jahren ein erster Bedarf festgestellt werden konnte.

Die Bayerische Staatsregierung und die Kommunalen Spitzenverbände haben sich bei einem Bildungsgipfel im



**BAYERISCHER
GEMEINDETAG**

Herausgeber und Verlag:
Bayerischer Gemeindetag,
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Geschäftsführendes Präsidiumsmitglied
Direktor Dr. Jürgen Busse
Verantwortlich für Redaktion und
Anzeigen:
Wilfried Schober, Direktor beim
Bayerischen Gemeindetag

Dreschstraße 8, 80805 München
Tel. 0 89 / 36 00 09-30, Fax 0 89 / 36 00 09-36
Erscheinungsweise monatlich; Bezugspreis
EUR 33,-/Jahr; bei Mitgliedern im Beitrag enth.
Anzeigenverwaltung:
Druckerei Schmerbeck GmbH

Marina Ottendorfer, Tel. 0 87 09 / 92 17-60
Margit Frey (BayGT), Tel. 0 89 / 36 00 09-13
Druck, Herstellung und Versand:
Druckerei Schmerbeck GmbH
Gurenbergstr. 12, 84164 Tiefenbach b. Landshut
Tel. 0 87 09 / 92 17-0, Fax 0 87 09 / 91 57 25

Jahr 2009 auf folgendes gemeinsames Vorgehen geeinigt:

Die Ganztagschulen sollen massiv ausgebaut werden.

Der Staat übernimmt die Trägerschaft der gebundenen und offenen Ganztagschulen.

Im Einzelnen sah die Finanzierungslösung, die übrigens bis heute noch so gilt, wie folgt aus:

Die gebundenen Ganztagschulen erhalten zusätzlich 12 Lehrerwochenstunden und 6.000 Euro pro Klasse und Schuljahr. Davon übernehmen die kommunalen Schulaufwandsträger 5.000 Euro im Jahr. Damit sollen die Entlastungen der Kommunen für nicht bereitzustellende Hortplätze angerechnet werden. Gruppen in offener Form erhalten den Gegenwert der Lehrerwochenstunden in Geld (20.500 Euro p.a.) zuzüglich der 6.000 Euro. Die Kommunen beteiligen sich an diesen Kosten ebenfalls mit 5.000 Euro pro Klasse und Schuljahr. Mit diesem Geld finanziert die Schule externe Kooperationspartner (Wohlfahrtspflege, Vereine etc.), die nachmittags in der Schule Bildungs- und Betreuungsangebote umsetzen. Elternbeiträge werden in der gebundenen und offenen Ganztagschule nicht erhoben.

Die Grundschulen spielten bei diesem Bildungsgipfel eine eher untergeordnete Rolle. 2008 gab es in Bayern erst 40 gebundene Ganztagsgrundschulen. Die Einführung einer offenen Ganztagsgrundschule war damals nicht Gegenstand der Diskussion. Hier wurde zunächst auf eine Mittagsbetreuung bis ca. 14.00 Uhr gesetzt. Später kam die verlängerte Nachmittagsbetreuung bis ca. 16.00 Uhr hinzu. Deren Finanzierung sieht so aus: Die Kosten für die Mittagsbetreuung von ca. 9.000 Euro pro Gruppe und Jahr teilen sich Staat, Kommunen und Eltern zu jeweils einem Drittel auf. Für die verlängerte Mittagsbetreuung gibt der Staat einen Zuschuss abhängig von der angebotenen Qualität in Höhe von 7.000 bzw. 9.000 Euro pro Gruppe und Jahr. Beide Angebotsformen sind stark unterfinanziert und setzen eine

weitere kommunale Unterstützung in beliebiger Höhe voraus. So wird Bildungsqualität in den Grundschulen abhängig von der jeweiligen Finanzkraft der Gemeinde.

Fünf Jahre nach diesem Bildungsgipfel lässt sich folgendes Fazit aus kommunaler Sicht ziehen: In den Mittelschulen haben wir heute bedarfsgerechte und flächendeckende gebundene und offene Ganztagsangebote. Die anfänglich festgestellte Ausbaudynamik hat nachgelassen. In den ländlichen Räumen wird seitens der Eltern eher das offene Ganztagsangebot bevorzugt. An 424 Mittelschulen besteht heute ein gebundenes Ganztagsangebot. Darüber hinaus gibt es 1.186 offene Ganztagsgruppen an den Mittelschulen. Aufgrund der landesweit gleich hohen Personal- und Finanzausstattung wird das Erfordernis der Bildungsgerechtigkeit weitestgehend erfüllt, zumal auch die Eltern von einer Mitfinanzierung befreit sind. Anders die Situation in den Grundschulen. Die Zahl der Grundschulen mit gebundenen Ganztagsklassen ist zwischenzeitlich zwar auf 365 gestiegen. Die Mittags- und Nachmittagsbetreuungsangebote werden allerdings sehr unterschiedlich bewertet, abhängig von der jeweils angebotenen Bildungsqualität. Und die Eltern zahlen mit. Von Bildungsgerechtigkeit kann keine Rede sein. Manche sprechen von Ganztagsmürks.

Und da setzen nun die dringenden Handlungsbedarfe an. 44 Prozent der Grundschulkinder haben heute schon einen Bildungs- und Betreuungsbedarf am Nachmittag. Die Prognose des Bayerischen Gemeindetags liegt bei 60 Prozent, in Ballungsräumen sogar darüber. Diese Entwicklung zeichnet sich bereits im Vorschulalter ab. Wenn man alleine nur an den rasanten Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren denkt, und da wiederum insbesondere an den Ausbau der Ganztagsplätze, da kann man heute schon erahnen, welche Bedarfe reklamiert werden, wenn diese Kinder in einigen Jahren eingeschult werden. Jetzt könnte man ja diese familien- und gesellschaftspolitische Entwick-

lung kritisch bewerten und darüber streiten, ob dies tatsächlich der richtige Weg ist. Das wollen wir an dieser Stelle aber nicht tun. Politik hat sich den gesellschaftlichen Realitäten zu stellen und entsprechende Antworten zu finden. Hinzu kommen noch die Herausforderungen bildungspolitischer Art. Mehr individuelle Förderung, Inklusion von behinderten Kindern, Integration von Kindern mit Migrationshintergrund. Dies ist in einer Halbtagschule nur schwer oder möglicherweise gar nicht umsetzbar. Wir brauchen aber auch Antworten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eine Ganztagschule von Montag bis Donnerstag lässt den Freitag völlig außen vor. Für viele Eltern beginnt der Arbeitstag auch nicht erst um 8.00 Uhr und endet um 16.30 Uhr. Und wie steht es mit Betreuungsangeboten in den 14 Wochen Schulferien? Auf diese zahlreichen Fragen erwarten die Eltern und ihre Kinder eine Antwort vom bevorstehenden Bildungsgipfel.

„Die Schulen haben den in der Verfassung verankerten Bildungs- und Erziehungsauftrag zu verwirklichen“ (Art. 1 Abs. 1 Satz 1 BayEUG). So ist zunächst einmal der Staat aufgefordert, die hierfür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Aber natürlich, da geht es um Lehrerstunden und um Geld. Aber auch die Kommunen stehen in der Verantwortung. Sie sind in der gesetzlichen Verpflichtung, für Kinder und Jugendliche bis zum vollendeten 14. Lebensjahr bedarfsnotwendige Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen (§§ 22 ff. SGB VIII i.V. mit Art. 5 Abs. 1 BayKiBiG).

Aus diesen Gründen ist beim weiteren Ausbau der Ganztagsangebote eine enge Zusammenarbeit zwischen Schule und Gemeinde dringend notwendig. Auf der einen Seite entscheiden die Eltern über Halbtags- oder Ganztagschule. Auf der anderen Seite entscheiden dann die Gemeinden, wie arrondierend zu den schulischen Angeboten Betreuungsplätze im Rahmen des SGB VIII bereitgestellt und finanziert werden. Im Rahmen der Subsidiarität sind dann die Angebote der Träger der freien Wohlfahrtspfle-

ge bevorzugt zu berücksichtigen. Es handelt sich also um ein eng gewebtes Netzwerk vor Ort. Um die genauen Bedarfe vor Ort zu ermitteln, ist eine qualifizierte Bedarfsplanung notwendig. In der Schule wird bei den Eltern der Bedarf nach einem Ganztagsplatz erhoben. Darüber hinaus kann auf diesem Weg abgefragt werden, welcher Bedarf und welcher zeitliche Umfang bei den täglichen Randzeiten und in den Ferienzeiten besteht. Darüber hinaus sind die Gemeinden im Rahmen der Kindergarten- und Hortplanung unterwegs, um die entsprechenden Bedarfe bei den Eltern in Erfahrung zu bringen. Wenn alle Daten und Fakten auf dem Tisch liegen (welche Plätze sind heute schon vorhanden, welche

weitere Plätze werden benötigt, welche Zeitfenster sind notwendig), muss die Gemeinde gemeinsam mit den Kitas, den Horten, den Tagespflegepersonen und den Schulen unter Einbindung der freigemeinnützigen Träger ein örtliches Gesamtkonzept entwickeln und auch umsetzen.

In der Grundschule sieht der Bayerische Gemeindetag zunächst einmal den weiteren Ausbau der gebundenen Ganztagschule als notwendig an. Darüber hinaus sind die bisherigen Mittags- und Nachmittagsbetreuungsangebote in eine offene Ganztagsgrundschule nach Vorbild der Mittelschulen überzuführen. Kostenfrei für die Eltern und in der Trägerschaft des Staates. Dann gilt es, auf dieser Grundlage

passgenaue örtliche Betreuungsangebote zu schaffen, die die Bedarfe der Eltern abdecken. Für Betreuungsangebote außerhalb der Schule werden Elternbeiträge erhoben. Selbstverständlich auch für die Mittagsverpflegung in der Schule.

Wie schon beim letzten Bildungsgipfel festgestellt: Ausbau und Weiterentwicklung der Ganztagschule werden als Gemeinschaftsaufgabe von Staat und Kommunen anerkannt. Die Spielregeln sind bekannt. Jetzt ist zunächst einmal der Staat gefordert, für diesen weiteren Schritt einen ersten Aufschlag zu wagen. Die Gemeinden machen im Rahmen ihrer finanziellen und personellen Möglichkeiten mit.

„Staatsregierung muss endlich klare Antworten geben“

Betrachtet man die Ganztagsbetreuung an Grundschulen einzelner Gemeinden, so bietet sich ein buntes Bild unterschiedlichster Modelle und Kooperationspartner. Eines aber ist allen gemeinsam: Die Kommunen müssen erhebliche Mittel zuschießen und geraten schnell an die Grenze ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit, weil die staatlichen Zuschüsse hinten und vorne nicht ausreichen. So hängt die Bildungsgerechtigkeit letztlich davon ab, ob eine Gemeinde Geld hat oder nicht. Vorbei sind die Zeiten, wo die Frau hinter dem Herd stand und für die Erziehung der Kinder zuständig war. Seit Jahren sehen sich die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit dem Anspruch der Eltern konfrontiert, eine möglichst komfortable und preiswerte Ganztagsbetreuung ihrer Kinder zu gewährleisten. Den Kommunalpolitikern bleibt nichts anderes übrig, als zu handeln. „Die Eltern brauchen das“, sagt Franz Josef Hofstetter (CSU), Bürgermeister der 10 000-Einwohner-Gemeinde Taufkirchen (Vils) im Landkreis Erding, der sich als glühender Verfechter der Betreuung bezeichnet.

„Als ich 1996 als Bürgermeister anfang, wurde das Wort ‚Betreuung‘ im offiziellen Sprachgebrauch zunächst gemieden.“ Die Staatsregierung habe sich damals gewunden und gebogen. „Wir haben dann mit einer einfachen Nachmittagsbetreuung angefangen, mit 18 zusätzlichen Lehrerstunden an der Mittelschule. An der Grundschule war es nicht anders.“ Außerdem brauchte man Räume für eine sinnvolle Freizeitnutzung. Die Gemeinde hat daraufhin eine neue, in munterem Gelb gehaltene Grundschule mit großzügig bemessenen Klassenzimmern und zusätzlichen Spielebenen gebaut. Das Ganztagsangebot funktioniert aber nur, wenn Taufkirchen die erforderlichen Mittel zusammenbringt. 250 000 Euro im Jahr gibt die Gemeinde dafür aus. „Das ist eine rein freiwillige Leistung“, so der Bürgermeister. Zehn Jahre sei es nun her, dass auf dem Land Kindertagesstätten entstanden. Waren sie zunächst nicht so gut besucht, habe sich das aber bald geändert. „Diese Kinder kommen jetzt in die Schule. Dafür müssen wir gerüstet sein.“

So sieht es auch Gabriele Müller, frischgebackene SPD-Bürgermeisterin der Gemeinde Haar bei München (20 000 Einwohner). „Die Anforderungen der Eltern entwickeln sich analog zu den Anforderungen im Kindergartenbereich. Eltern, die ihr Kind vom ersten bis zum sechsten Lebensjahr umfassend betreut hatten, können nicht verstehen, warum mit Schuleintritt die Betreuungssituation sich derart verändert.“ Die Anmeldungen hätten sich rasant entwickelt. Wurde vor zwei Jahren ein Drittel der Grundschulkinder nachmittags an der Grundschule betreut, so war es im vergangenen Schuljahr beinahe die Hälfte. Und für das kommende Schuljahr besteht Nachfrage für etwa zwei Drittel der Grundschüler.

Die beiden Haarer Grundschulen St. Konrad und Jagdfeld besuchen 318, beziehungsweise 341 Kinder. Daneben gibt es eine Mittelschule mit 412 Jugendlichen. Insgesamt also 1071 Schülerinnen und Schüler, die in verschiedenen Formen auch nachmittags betreut sein wollen oder sollen. Der Schwerpunkt der Betreuung bei den Grundschulen und der Mittelschule. Die Gemeinde bietet im laufenden Schuljahr 170 Plätze in der Mittagsbetreuung mit unterschiedlichen Buchungszeiten, 214 Hortplätze von verschiedenen freien Trägern, in der Mittelschule zwei gebundene Ganztagesklassen die mit der Volkshochschule und einem Jugendzentrum zusammenarbeiten. „Als Besonderheit haben wir seit zwei Jahren gebundene Ganztagesklassen an der Grundschule, die mit einem Hort zusammenarbeiten“, berichtet Bürgermeisterin Müller.

Insgesamt findet Gabriele Müller die Situation für die Kinder, die Eltern und die Kommune unbefriedigend. Die Gemeinde Haar hat wie andere Gemeinden auch versucht, mit viel Eigeninitiative aus den bestehenden staatlichen Angeboten das Beste zu machen und durch zusätzliche Gelder von Jahr zu Jahr Angebote und Plätze dazu zu fügen, die auch einen gewissen pädagogischen Anspruch erfüllen. „Dennoch sind wir gerade noch an der Grenze, dem Bedarf nachzukommen. Für das nächste Schuljahr schaffen wir es nur sehr knapp und sind darauf angewiesen, dass die Eltern bei den Betreuungszeiten kompromissbereit sind“, so Müller.

Die Ganztagsklassen kosten die Gemeinde Haar zusätzlich jeweils 32000 Euro im Jahr. Die Gemeinde unterliegt dem bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz (BayKiBiG). „Was die Räume angeht, sind wir in der Schule nun an der absoluten Grenze angekommen, was die Finanzen angeht, kann ich dieses System leider nicht mehr auf meine zweite Grundschule übertragen“, bedauert die Bürgermeisterin. Der BayKiBiG-Zuschuss, den Haar allein im Bereich der Schülerbetreuung leistet, habe sich von 2011 mit 280000 Euro bis zum Jahr 2013 auf 640 000 Euro erhöht. In den Jahren 2010 bis 2013 hat die Gemeinde insgesamt 7,9 Millionen Euro in Neu- und Ausbau sowie 160 000 Euro in den Gebäudeunterhalt investiert. Dazu kommen jährlich schwankende Betriebskostenzuschüsse. Die Bürgermeisterin ist der Meinung, dass „die bayerische Staatsregierung endlich zur Kenntnis nehmen muss, dass in den Ballungsräumen ein erheblicher umfassender Betreuungsbedarf besteht und hier eine klare Antwort nötig ist“. Die Vielzahl der verschiedenen Angebotsformen wirke auf den ersten Blick sehr positiv. Es werde der Anschein erweckt, Eltern könnten das für sie Passende aussuchen. „In Wirklichkeit müssen die Familien oft das nehmen, was sie bekommen können.“

Die Politik habe eine Verantwortung für die Kinder. Die bestehende Ausstattung und Konzeption der gebundenen Ganztagschulen sei so unzureichend, dass damit kein kindgerechter rhythmisierter Unterricht realisiert werden kann. Zudem fehlten den Eltern die Ferienzeiten. „Ich wünsche mir ein klares Bekenntnis zu einer pädagogisch sinnvollen Ganztagschule, die auch für die Ferienzeiten Lösungen anbietet“, so Gabriele Müller.

Seit dem Schuljahr 2009/2010 profitieren Schüler und Eltern der Grundschule Neutraubling im Landkreis Regensburg vom Angebot der gebundenen Ganztagschule. Diese startete zunächst einzügig. Ein zweiter Zug wäre notwendig und ist von der Regierung bereits genehmigt. Nachdem die Stadt früher nicht über das genehmigte Raumprogramm hinaus bauen durfte, hinkt sie nun mit dem Raumbedarf hinter der schnellen schulischen Entwicklung her. Montag bis Donnerstag von acht bis 16 Uhr und Freitag Vormittag wechseln sich Fachunterricht mit Projektarbeit, praktischen Übungen, Förder- und musischen Stunden ab. Weitere Fördermaßnahmen in Deutsch oder Mathematik und Zusatzangebote, zum Beispiel im künstlerischen, handwerklichen oder sportlichen Bereich, werden in Zusammenarbeit mit den örtlichen Vereinen, Firmen und Organisationen angeboten. Den Großteil der Kosten von 31700 Euro übernehmen die Stadt Neutraubling und der Freistaat Bayern; lediglich das Mittagessen mit etwa 36,80 €/Monat tragen die Eltern. Für die Zeit nach 16 Uhr, beziehungsweise freitagnachmittags können die Kinder der Ganztagsklassen darüber hinaus beim Kinderhort angemeldet werden. 5000 Euro trägt die Stadt für die Lehrkräfte der Musikschule. Auch das Geld für die vier Betreuer der Ganztagsklassen kommt aus der Gemeindekasse.

„Es wird auch immer schwieriger, Kooperationspartner für das Ganztagsangebot zu finden“, sagt Kämmerer Manfred Zink. Neutraubling hat es da vielleicht noch leichter als andere Kommunen. In der Stadt gibt es viel Industrie und Gewerbe und dazu über 50 Vereine. Einerseits werde von den Betreuern eine qualifizierte Ausbildung erwartet, andererseits gibt es dafür aber nur ein geringes Entgelt. Die Organisation der Ganztagsbetreuung erzeugt zudem einen riesigen Verwaltungsaufwand. Der Staat meine, er tut den Gemeinden etwas Gutes, wenn er Fördergelder übers Land verteilt. Doch die Kommunen haben die Arbeit, konstatiert Zink. Beispielsweise sei für jeden Kooperationsvertrag ein Arbeitsvertrag erforderlich, bei Änderungen ein Änderungsvertrag. „Der Bürgermeister unterschreibt nur noch Verträge über ein paar Euro. Das ist Bürokratismus hoch drei“, so Zink. Es sei höchste Zeit, das Fördersystem zu vereinfachen.

Auch in der Gemeinde Vaterstetten (21750 Einwohner) war man mit der bisherigen Praxis in der Ganztagsbetreuung unzufrieden, so Götz Beckenbauer, Referent von Bürgermeister Georg Reitsberger (Freie Wähler). Das Modell des Kultusministeriums sei der Gemeinde nicht weit genug gegangen. „Wir wollten erreichen, dass die Ganztagsbetreuung aufgepeppt wird.“ Mit den Kirchen, den Schulleitungen und Vertretern der Träger von Kindertagesstätten wie der Arbeiterwohlfahrt habe man einen gemeinsamen Weg beschritten. Ergebnis war ein Modell, das eine enge Kooperation zwischen Grundschule und Hort vorsieht. Auch in Haar praktiziert man dieses Modell erfolgreich. Zwei Lehrerinnen unterrichten die Ganztagsklassen und werden dabei von zwei Erzieherinnen bereits vormittags pädagogisch unterstützt. „Diese Form des Unterrichts ermöglicht eine tiefer gehende Erziehung in kleineren Gruppen“, so Beckenbauer. Es wird ein warmes Mittagessen angeboten, eine Hausaufgabenbetreuung kann ebenfalls gebucht werden. Die Lehrerinnen arbeiten von zwölf Uhr an im Tandem mit den Erzieherinnen bis 15.30 Uhr. Von da an sind bis 17.30 Uhr die Erzieherinnen zuständig. Mit Ausnahme von 20 Tagen im Jahr findet die Betreuung auch in der unterrichtsfreien Zeit statt – ein Segen für Eltern, die darauf angewiesen sind.

Pressemitteilung vom 24.07.2014

Ganztagsgarantie des Ministerpräsidenten Maly: Der Freistaat muss Ganztagsschulen personell und finanziell besser ausstatten

„Mit dem Versprechen des Ministerpräsidenten, die Ganztagsbetreuung beim Kommunalgipfel zu thematisieren, kommt hoffentlich Dynamik in eine unbefriedigende Situation. Leider gibt es die Ganztagschule noch nicht in der Qualität, wie sie die Eltern und Kinder wünschen, mit sicheren Betreuungszeiten am Freitagnachmittag und in Ferien, mit guten pädagogischen Angeboten und Betreuungsangeboten, in der Vernetzung mit Vereinen und Verbänden im Freizeitbereich“, sagt der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly: „Der Freistaat muss Ganztagsschulen personell und finanziell besser ausstatten. Wir brauchen eine Harmonisierung bei Trägerschaft und Finanzierung von Ganztagsangeboten. Die Zusammenarbeit von Schule und Betreuungsangeboten muss verbessert werden.“

Maly: „Die Bedürfnisse von Kindern und Eltern haben sich in den letzten Jahren rapide gewandelt. Das Schulwesen muss sich diesem gesellschaftlichen Umbruch anpassen. Das frühere Familienbild - Mama am Herd, Papa in der Arbeit - ist heute differenziert. Die Berufstätigkeit beider Elternteile nimmt zu, die Zahl an Alleinerziehenden steigt, soziale Umbrüche schlagen durch. Die Kinder, die heute in der Krippe krabbeln, sitzen morgen in der Schule: Die Krippenkinder von heute brauchen in wenigen Jahren ein Ganztagsangebot. Auf diese Entwicklungen muss das Schulwesen mit verbesserten Ganztagsangeboten reagieren.“ Die Staatsregierung verspricht den Ausbau eines bedarfsgerechten Ganztagsangebots für Schüler bis 14 Jahre. Ministerpräsident Horst Seehofer hat in seiner Regierungserklärung eine Ganztagsplatzgarantie bis 2018 gegeben. Maly: „Der Städtetag unterstützt diese Bemühungen, zumal Bayern bei der Ganztagschule aufholen muss. Nun muss die Staatsregierung klären, wie sie die ehrgeizige Ganztagsgarantie realisiert.“

Maly: „Der Ganztag muss so gestaltet sein, dass die Menschen ihn verstehen. Der erste Schritt zur Umsetzung der Ganztagsgarantie: Wir müssen den Wirrwarr zwischen Horten und schulischer Mittagsbetreuung aufräumen. Vielfältige Betreuungsmöglichkeiten und Fördersysteme laufen nebeneinander her. Das Durcheinander mit einem Dutzend unterschiedlicher Angebote in Schulen und Horten muss harmonisiert und gegliedert werden. Wir brauchen einen Baukasten mit einigen tragfähigen Elementen, die sich passgenau vor Ort zusammenfügen lassen.“ Derzeit bestehen Horte, Tagespflege, Großtagespflege, Halbtagsgrundschule mit Morgenbetreuung, Halbtagsgrundschule mit Mittagsbetreuung, offene Ganztagschule und gebundene Ganztagsklassen. In Bayern liegt bei rein schulischen Ganztagsplätzen (Stand Schuljahr 2012/13) der Anteil bei 9,6 Prozent, der Bundesdurchschnitt lag 2011 bei 26 Prozent. Erst mit der Mittagsbetreuung und den Betreuungsangeboten kommunaler oder kommunal finanzierter Kindertagesstätten und Horte erreicht Bayern einen Ganztagsanteil von 22,4 Prozent: Ein Großteil der Lasten für Ganztagsangebote liegt somit bei den Kommunen.

Maly: „Das Schulwesen muss so angepasst werden, dass Eltern und Schüler damit gut umgehen können: Dies gilt für die Zeiten, in denen Eltern arbeiten und Kinder Betreuung benötigen, etwa in 13 Wochen Schulferienzeiten oder am Nachmittag.“ Der letzte Bildungsgipfel liegt fünf Jahre zurück: 2009 haben Staatsregierung und kommunale Spitzenverbände gemeinsam beraten. Maly: „Der Kommunalgipfel im Herbst ist ein guter Anlass, um einen Ausbauplan zu erstellen und Klarheit über die Finanzierung zu erhalten. Ohne die Kommunen als Träger des Sachaufwands vor allem bei Schulbauten kann dies nicht geschehen: Der höhere Raumbedarf für Schülergruppen, Mensen oder zusätzliche Räume für Lehrkräfte kostet Geld. Da muss der Freistaat mit einer höheren Förderung ansetzen. Und: Die Ganztagschule läuft nur, wenn die Lehrerkollegien solide ausgestattet sind, wenn in Randzeiten und Ferienzeiten schulische Betreuungsangebote gemacht werden.“

Da der Anteil von Schülern mit familiären Problemen, schulischen Verhaltensauffälligkeiten, Migrationshintergrund, Gewaltbereitschaft oder mit Drogenproblemen steigt, sind neue Möglichkeiten für das Zusammenwirken von Jugendamt und Schule nötig. Diese Kinder und Jugendlichen brauchen eine Chance, um sich in den Schulbetrieb und in die Gesellschaft einzubinden. Maly: „Neue Formen der Zusammenarbeit müssen unter einem Dach zusammen geführt werden: Es hilft Kindern, Jugendlichen, Lehrern und Sozialarbeitern wenig, wenn kommunale Jugendhilfe und staatliche Schule getrennt nebeneinander her arbeiten. Eine integrative Betreuung und Beschulung kann helfen. Schule und Jugendhilfe müssen enger verzahnt werden.“